

Ämter für Grundsicherung und Eingliederungshilfe sind am Limit

Misstände dringend abschaffen

Nicht nur die Corona-Kontaktnachverfolgung fordert den Mitarbeiter*innen in den Hamburger Ämtern alles ab. Vor allem in den Ressorts Grundsicherung und Eingliederungshilfe herrscht eine eklatante Personalnot.

Seit Jahren wachsen die Aktenstapel auf den Schreibtischen stetig an, auch weil die neue Computersoftware mangelhaft ist und es an Kolleg*innen fehlt. Das hat Folgen für alle Beteiligten. „Wenn ein Mitarbeiter im Amt für Grundsicherung statt 180 Fällen das Dreifache zu bewältigen hat oder eine Mitarbeiterin sich um 300 Anliegen zur Eingliederungshilfe kümmern muss, zeigt das klar, wie stark die Überlastung ist“, kritisiert der Landesvorsitzende Klaus Wicher. Im Schulterschluss mit Personalräten und der Gewerkschaft ver.di fordert er: „Mehr Personal in den Bezirksämtern, bessere Bezahlung, mehr Fortbildung.“

Hamburgs Sozialsenatorin Dr. Melanie Leonhard müsse endlich reagieren: „Auf der einen Seite hat sie eine Sorgfaltspflicht gegenüber den Menschen, die dringend und teils viel zu lange auf die Bewilligung ihrer Sozialleistung warten. Auf der anderen Seite ist sie als Dienstherrin in der Pflicht, für ihre Mitarbeiter*innen, deren Arbeitszufriedenheit und Effizienz zu sorgen.“

Wicher beruft sich dabei auf die vielen Beschwerden von Mitarbeitenden, die sich bei ihrer Gewerkschaft gemeldet haben. So berichtet Sieglinde Frieß, stellvertretende Landes-



Ver.di Gewerkschafterin Sigi Frieß und Klaus Wicher sorgen sich um die Lage in den Hamburger Ämtern.

bezirksleiterin ver.di, dass vor allem der Personalmangel, die hohe Fluktuation und unzureichende technische Unterstützung für große Schwierigkeiten sorgen: „Dort muss Mehrarbeit über die physischen und psychischen Grenzen hinaus geleistet werden“, moniert die Gewerkschafterin. „Wer so unter Druck steht, kann nicht mehr so für die Menschen da sein, wie es angemessen wäre“, stimmt Klaus Wicher zu. Gerade die Schwächsten müssten diesen Misstand ausbaden.

Wicher sieht in den Ämtern eine klaffende Lücke zwischen Aufgaben und Ausstattung. Hinzu kommt, dass das neue Bundesteilhabegesetz in der

Eingliederungshilfe für noch mehr Arbeit gesorgt hat. Um den Personalnotstand wenigstens einigermaßen verwalten zu können, wurden deshalb schon Aufgaben aus der Eingliederungshilfe an die Grundsicherungsämter delegiert – das ist gerade so, als wolle man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben: „Bisher gab es die Praxis, Personal von anderen Stellen dafür abzustellen. So werden aber nur an anderer Stelle neue Löcher gerissen“, warnen Wicher und Frieß. Stattdessen müssten mehr Externe angeworben und die Gehälter attraktiver werden. Für die Zukunft sollte besser und nachhaltiger vorgesorgt werden.



Ansichten

Liebe Mitglieder,

zu Beginn eines neuen Jahres fassen viele Menschen gute Vorsätze für sich. Das geht den meisten von Ihnen sicherlich genauso. Dazu wünsche ich Ihnen ganz persönlich und von Herzen, dass Sie Ihre Vorhaben verwirklichen können.

Vor allem, bleiben Sie gesund! Das ganze Jahr 2020 hindurch haben wir uns mit dem Coronavirus herumschlagen müssen.

Im Sommer gab es eine kleine Atempause und viele hofften, das Virus könnte seine Gefährlichkeit verloren haben. Zum Herbstbeginn wurden wir wohl auch noch eine Weile im Jahr 2021 leben müssen. Auch bei uns im SoVD Hamburg ist seitdem vieles anders geworden. Versammlungen in den Ortsverbänden und Treffs konnten nicht mehr stattfinden, und wir haben gelernt, dass wir uns per Videokonferenz verständigen können, ja, verständigen müssen.

Mit Johann Wolfgang von Goethe möchte ich Ihnen Mut machen: „Hoffnung gießt in Sturmnacht Morgenröte!“ Die Meldung über einen wirksamen Covid-19-Impfstoff stimmt wirklich zuversichtlich. Wir werden allerdings abwarten müssen: Wann wird der Impfstoff verfügbar sein und kann er sich bewähren?

Der SoVD Hamburg hat die Krise bisher gut durchstanden. Wir konnten das 23.000. Mitglied begrüßen und wachsen immer noch. Ein starker Verband kann mehr erreichen: Deswegen lassen wir auch in schwieriger Zeit nicht davon ab, noch mehr Menschen für eine Mitgliedschaft bei uns zu begeistern. Denn wir können vielen in Alltagsfragen und in Not helfen.

Mit unseren neu aufgelegten und ganz aktuellen sozialpolitischen Leitlinien haben wir ein gutes Korrektiv an der Hand, mit dem wir die Hamburger Haushaltsplanungen für die kommenden beiden Jahre auf den Prüfstand stellen werden. Wir wollen deutlich mehr Sozialpolitik, einen Masterplan gegen Armut in der Stadt, mehr sozialen Wohnungsbau, die Einrichtung von Quartierzentren, die kostenlose Nutzung von ÖPNV, Kultur und Sport für Bedürftige, funktionierende Grundsicherungsämter und Eingliederungshilfen für behinderte Menschen und vieles mehr. Denn der Riss durch die Gesellschaft wird tiefer und mehr Menschen als bisher sind abgehängt worden. Dem stellen wir uns entgegen!

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender



Klaus Wicher

Mehr Personal und mehr Wertschätzung für Hamburger Ämter gefordert

„Die Belastung ist enorm“

Immer wieder berichten Mitglieder von ihren negativen Erfahrungen mit den Ämtern für Grundsicherung und Eingliederungshilfe. Personalrat und ver.di-Mitglied Andreas Scheibner vertritt seit 34 Jahren die Interessen der rund 1.000 Beschäftigten im Bezirksamt Eimsbüttel. Klaus Wicher sprach mit ihm über die aktuelle Lage.

Herr Scheibner, was berichten die Kolleg*innen aus dem Amt für Grundsicherung in Eimsbüttel aus ihrem Arbeitsalltag?

Alle machen ihre Arbeit gern, die Belastung ist allerdings enorm und hat sich durch eine mangelhafte neue Software noch mal potenziert. Eine Kollegin beschreibt ihren Arbeitstag so: „Heute habe ich die Listen mit den offenen Leistungen abgear-

beitet, zwischendurch klingelte nahezu durchgehend das Telefon mit Beschwerden, warum was nicht bearbeitet wurde. Gleichzeitig kommen ständig E-Mails herein, die auch dringend sind. Wenn ich es schaffe, versuche ich ein Stück Post wegzuarbeiten. Zwischendurch kam eine Androhung für eine Stromabschaltung, und dann habe ich noch Unterlagen für einen Neuantrag Grund-

Fortsetzung auf Seite 14



Andreas Scheibner

Neujahrsempfang 2021 im DGB-Haus

In Hamburg wird das neue Jahr traditionell gemeinsam vom SoVD Hamburg und den DGB-Senioren mit einem Neujahrsempfang eingeläutet. In Zeiten von Corona, in denen nichts verlässlich planbar ist, musste der Termin von Januar auf Mitte Juni 2021 verlegt werden.

Der Neujahrsempfang 2021 wird aber wie gewohnt im Musiksaal des DGB-Hauses am Besenbinderhof stattfinden. Die Begrüßung erfolgt durch den Hamburger SoVD-Landesvorsitzenden Klaus Wicher. Anja Piel vom DGB-Bundesvorstand hält die Rede zum Thema „Zukunft der Rente und Altersarmut“. Das Schlusswort wird Katja Karger, die Vorsitzende des DGB Hamburg, halten.

Um über eventuelle Änderungen auf dem Laufenden zu bleiben, schauen Sie gern auf unserer Webseite: www.sovd-hh.de vorbei. Dort informiert Sie der Landesverband zeitnah über die aktuellen Entwicklungen.

Mehr Personal und mehr Wertschätzung für Hamburger Ämter gefordert

„Die Belastung ist enorm“

Fortsetzung von Seite 13

sicherung, der anschließend ins System eingepflegt werden muss, versendet. Hinzu bekam ich verfügte Leistungen mit Prüfbemerkungen zurück, auch das muss schnell bearbeitet werden, da sonst die Gelder nicht rausgehen.“ Herr Wicher, Sie sehen es selbst: Man arbeitet nur noch hinterher, statt vorneweg.

Da fällt es den Kolleg*innen sicherlich schwer, motiviert zu bleiben

Ja, das ist sehr frustrierend. An einigen Tagen steht die Hilflosigkeit den Mitarbeitenden förmlich ins Gesicht geschrieben. Da wird eine Sachbearbeiterin gerügt, weil sich in einem der Poststapel ein älterer Vorgang wieder angefangen hat. Statt Vorwürfen hätte die Kollegin eher Unterstützung und Verständnis gebraucht. Wenn in einem Amt statt 14 nur noch vier Mitarbeitende am Platz sind, ist es ja klar, dass man weder sein Pensum schafft, noch andere vertreten kann.

Wo sehen Sie die Gründe dafür, dass sich die Lage so zugespitzt hat?

So richtig eskaliert ist die Situation Anfang vergangenen Jahres, als die neue Verwaltungssoftware installiert wurde. Mit dem Ergebnis, dass jetzt alles noch länger dauert. Die Falleingabe und die Zahlungsanweisungen brauchen jetzt noch mehr Zeit als vorher. Teilweise stürzt das PC-System völlig ab. Zudem fehlt die Zeit, sich intensiv mit der neuen Software vertraut zu machen. Dadurch entstehen Fehler, die dazu führen, dass am Ende die Bescheide auf sich warten lassen.

Hinzu kommen lange Ausfälle wegen Krankheit. Das belastet

die anderen Kolleg*innen so sehr, dass viele aufgeben und auf eine andere Stelle wechseln. Verschärft wird die Lage durch das Bundesteilhabegesetz, das für die Grundsicherungsämter eine bedeutende Mehrarbeit zur Folge hatte.

Hat Corona die Situation verschärft?

Es ist fast absurd, aber dadurch, dass zeitweise die Ämter für den Publikumsverkehr geschlossen waren, wurde der drohende Kollaps in der Grundsicherung erstmal verhindert. Trotzdem bleibt die Lage angespannt.

Was bedeutet die Situation für diejenigen, die auf ihre Bewilligungen warten?

Wenn Bescheide nicht kommen, verunsichert das. Es ist deshalb gut, dass es den Sozialverband gibt, der die Betroffenen berät und ihnen zur Seite steht.

Die Personalnot in den Bezirksämtern ist ja nicht neu. Was hat die Stadt getan, um den Missstand anzugehen?

Die Stadt schult Beschäftigte und schreibt laufend Stellen aus. Die Nachbesetzungen kommen aber nicht den Abgängen hinterher. Viele Beamtenanwärter*innen entscheiden sich wegen der stressigen Situation lieber gleich für andere Abteilungen. Zurzeit werden die Stellen zentral für Hamburg ausgeschrieben. Die meisten Bewerber*innen wollen aber lieber in der City arbeiten als weiter außerhalb. Die Ämter, die dort liegen, haben dann nichts davon.

Was fordern die Mitarbeiter*innen, damit sich die Abläufe für alle verbessern?

Die Lösung ist natürlich mehr Personal. Aus meiner Sicht brauchen wir eine Aufstockung um 50 Prozent. Es macht für mich keinen Sinn, freie Stellen mit Kolleg*innen aus dem gehobenen Dienst zu besetzen, stattdessen sollte man auf Mitarbeitende aus dem mittleren Dienst und Externe setzen. Neuzugänge könnten sich auch als Springer*innen in die Materie einarbeiten und die Ämter der Stadt kennenlernen. Grundsätzlich brauchen wir eine bessere Bezahlung. Und zur benutzerunfreundlichen Software kann ich empfehlen, endlich das IT-System zu verbessern oder etwas leistungsfähigeres einzukaufen.

Was muss als Erstes kommen?

Die Mitarbeitenden sollten mehr Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten haben. Statt festen Sprechzeiten sollten feste Termine vergeben werden, so könnte man die Arbeitszeiten besser nutzen. Ebenso wichtig finde ich den respektvollen Umgang miteinander: Die Kolleg*innen wünschen sich mehr Teamgeist sowie Motivation und Unterstützung durch die Führungskräfte.

Wenn die Verfahren endlos lange dauern, Bescheide nicht bearbeitet werden oder Zahlungen nicht korrekt überwiesen werden, rät der SoVD Hamburg seinen Mitgliedern, die Unterlagen von der Sozialrechtsberatung (Adressen siehe untenstehende Rubrik) prüfen zu lassen, sie persönlich einzureichen und sich den Empfang quittieren zu lassen. Ansonsten versucht der SoVD, über seine Fachjurist*innen die Abläufe zu beschleunigen.“



Sozialrechtsberatung

Wir müssen uns einschränken, aber wir lassen Sie nicht im Stich. Wir beraten weiter – trotz Corona! In jedem Fall finden Sie in unserer Landesgeschäftsstelle in Barmbek Hilfe und Beratung. Kommen Sie persönlich vorbei, rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine E-Mail.

Bei Redaktionsschluss war leider nicht bekannt, welche unserer weiteren Beratungsstellen aufgrund der aktuellen Corona-Entwicklung geöffnet sind. Die aktuellen Öffnungszeiten erfragen Sie bitte unter Telefon: 040/61 16 070, oder sehen Sie auf unserer Webseite

nach: www.sovd-hh.de.

• **SoVD-Beratungszentrum, Landesgeschäftsstelle**, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg. Montags bis mittwochs 9–16 Uhr, donnerstags 9–18 Uhr, freitags 10–14 Uhr.

Auch hier beraten wir Sie, wenn das öffentliche Leben wieder anläuft:

• **Lurup**, Luruper Hauptstraße 149, 22547 Hamburg, Tel.: 040/43 19 35 00. Dienstags bis donnerstags, 10–12 Uhr.
• **Farmsen**, Marie-Bautz-Weg 11 (im Berufsförderungswerk Farmsen, Haus W, Raum 034,

EG), 22159 Hamburg, Tel.: 040/42 90 61 34. Montags, 10–12 Uhr.

• **Harburg**, Winsener Straße 13, 21077 Hamburg, Tel.: 040/77 59 57. Mittwochs, 10–13 Uhr, .

• **Altona**, Gefionstraße 3, Bürgertreff Altona-Nord (BiB), jeden 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr.

• **Langenhorn**, Tangstedter Landstraße 41, Bürgerhaus, jeden 1. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr.

• **Lokstedt**, Julius-Vosseler-Straße 193, Bürgerhaus Lenzsiedlung, jeden 2. Dienstag im Monat, 16–18 Uhr.



Foto: Knappschaftsklinikum Saar

Einige Krankenhäuser haben Schnelltests schon längst im Einsatz.

SoVD fordert mehr Personal für Corona-Tests

Senioren schnell testen

Die neuen Antigen-Schnelltests entwickeln sich zu einem der Hoffnungsträger in der Corona-Pandemie: Im Gegensatz zu den normalen PCR-Tests weisen sie nach nur 15 Minuten eine mögliche Infektion mit dem Virus nach.

Vor allem für Pflegeheime ist die schnelle Variante interessant. Bewohner*innen, Personal und Besucher*innen können schnell getestet werden: „Das wäre enorm wichtig, damit die sozialen Verbindungen zur Familie, aber auch zu Freunden erhalten bleiben“, sagt Klaus Wicher. „Die Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren oder ganz zu verbieten will niemand nach den Erfahrungen im Frühjahr 2020. Die soziale Isolation älterer Menschen, vor allem in den Pflegeheimen, müssen wir unbedingt verhindern.“

Hier tut sich allerdings gerade ein massives Personalproblem auf. Denn das Infektionsschutzgesetz legt fest, dass Tests nur durch medizinisches Fachpersonal mit abgeschlossener dreijähriger Berufsausbildung vorgenommen werden dürfen: „Das stellt in der Praxis die Betreiber*innen von Pflegeheimen vor große Herausforderungen. Denn, wer sich im Handling mit Corona-Tests schulen lässt oder diese ausführt, kann nicht gleichzeitig in der Pflege arbeiten“, sagt Klaus Wicher.

In vielen Pflegeheimen fehlt es für die Schnelltests also schlicht und einfach an ausgebildeten Mitarbeiter*innen. Klaus Wicher fordert eine finanzielle Beteiligung des Staates an den zusätzlichen Kosten und mehr Unterstützung bei der Entwicklung von Testkonzepten. Zur fachlich versierten Untersuchung gebe es aber keine Alternative: „Vor allem für die Bewohner*innen in Alten- und Pflegeheimen wäre es verheerend, wenn sich das Virus aufgrund falscher Ergebnisse ausbreiten würde.“

Barrierefreiheit auch für Hörgeschädigte

Technische Hilfen fehlen

Senioren- und Pflegeheime werben gerne, dass ihre Häuser „behindertengerecht“ ausgestattet seien. Landesvorsitzender Klaus Wicher moniert, dass meist nur motorische Behinderungen berücksichtigt werden und nicht Hörbehinderungen.

SoVD-Landeschef Klaus Wicher: „Wir gehen davon aus, dass wenigstens die Hälfte aller Bewohner*innen in den Seniorenheimen schlecht beziehungsweise gar nichts mehr hört.“ Technische Hilfen würden oftmals erst dann geleistet, wenn sich die Angehörigen einschalten. „Wer allein und auf sich selbst gestellt ist, dringt nicht immer beim Personal durch. Das liegt vor allem an dem straffen Arbeitsplan, den die Mitarbeiter*innen täglich leisten müssten.“ Wenn es an der technischen Unterstützung für die Betroffenen fehlt, führt der Weg für sie in die zusätzliche Isolation. Wicher fordert eine bessere technische Ausstattung der Pflegeheime: „Das Problem ist, dass diese Einrichtungen in Hamburg ausschließlich von privater Hand betrieben werden. Die Stadt muss an dieser Stelle konkrete Standards festlegen, die für alle verbindlich sind.“ Zur Grundausstattung sollten gehören:

- Optische Lichtsignalanlagen für Wohnungstür und Telefon,
- Telefone mit akustischer Verstärkung,
- Fernseher mit Kopfhörern und einer für Hörgeräte geeigneten Technik,
- Funk- oder Induktionsanlage für Veranstaltungsräume.